

Wossifische



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Im Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9, Berlin C.

Telephon: (Zentrale im Hause) Amt Zentrum 8889, 8900, 8901, 8902, für Ferngespräche Amt Zentrum 10640, 10641.

Nach der Wahl.

Der Kampf ist vorüber, und an dem Stand der Parteien ist wenig geändert. Der schwarze Block hat einige Verluste erlitten, seine Gegner haben einige Mandate gewonnen; aber auf die Mehrheitsbildung im Abgeordnetenhaus hat das Ergebnis keinen Einfluss. Das freisinnige Bismarck-Bündnis hat das Ergebnis als einen Erfolg bezeichnen können, vor allem zu erwarten. Das ist indessen heute die freisinnige Partei, indem sie sich tröstet, trotz einigen bedeutenden Verlusten, insbesondere ihrer eigenen Partei, die „nicht ins Gewicht fallen“ können, sei der „Erfolg“ um so höher einzuschätzen, als auf gemeinsamer Seite besondere Anstrengungen gemacht worden seien, der Rechten eine schwere Niederlage zu bereiten. Die „Deutsche Tages-Ztg.“ das leitende Organ des Bundes der Landwirte, meint, die Wahlen hätten den Konservativen „mindestens keine Enttäuschung, eher das Gegenteil gebracht“, nämlich auf feineswegs der Behauptung bed, daß die Freisinnigen aufzubrechen seien dürfen, sondern verzeichnet mit einiger Betonung, daß sie „allerdings die stärksten Verluste erlitten haben“. Von der Fortschrittspartei sagt die „Post“, sie habe recht schlecht abgeschnitten, von den Nationalliberalen die „Deutsche Tages-Ztg.“, sie hätten „ihre Stärke vor der Wahl von 1908 noch nicht wieder erreicht“. Und was der Reichsanwalt sonst noch zum Besten geben wird.

Demgegenüber zeigen die Zahlen sprechen. Im alten Abgeordnetenhaus zählte die konservative Partei 156, die freisinnige 60 Mitglieder, insgesamt 216; im neuen Hause verfügen die Konservativen über 148, die Freisinnigen über 53 Stimmen, insgesamt 203. Das ist ein Verlust von 13 Mandaten. Das Zentrum lehrt in der alten Stärke von 108 Mitgliedern wieder. Die Polen haben zwei Mandate verloren und sind jetzt 12 Mann stark, wogegen die Antisemiten zwei Mandate erlangt haben. Alles in allem verfügt der schwarze Block, die Polen eingerechnet, über 318 Stimmen im neuen gegen 333 Stimmen im alten Abgeordnetenhaus. Dagegen ist die Zahl der Nationalliberalen von 65 auf 73, die der Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei von 37 auf 39 oder, wenn man die das eine noch freitragende Mandat in Moabit ausrechnet, auf 40, die der Sozialdemokraten von 6 auf 10 gestiegen. Der Gewinn der Liberalen und der Verlust der Rechten wäre noch größer gewesen, wenn die Sozialdemokratie nicht in veränderter Eigenform der Konservativen einige Mandate in die Hände gespielt und die Nationalliberalen in einem Falle dieselbe Fälschung verfolgt hätte. In Breslau hat die Sozialdemokratie, die die Entscheidung in der Hand hatte, den nationalliberalen Dr. Voennig, in Eigenheit den nationalliberalen Landgerichtsrat Wismann durchfallen lassen. In Weisbaden haben die Nationalliberalen dem Kandidaten der Fortschrittspartei, Direktor Wubig, eine Niederlage bereitet und dem Konservativen Grafen Brebow zum Siege verholfen. Inwiefern ferner die für ganze Provinzen veränderte Stimmeneinstellung der Sozialdemokratie der Rechten dort zugute gekommen ist, läßt sich im gegenwärtigen Augenblick noch nicht zuverlässig nachweisen. Ein Mandat, in Wismar, verlor die Rechte einer falschen Stichwahl. Weiter hat die Sozialdemokratie der fortschrittliche Kandidat Brüger mit dem Grafen Wolke in Stichwahl gewonnen — es handelte sich um eine Differenz von nur wenig Stimmen —, so wäre der freisinnige Kandidat unterlegen.

Es versteht sich, daß die fortschrittliche Volkspartei wegen der Wahl in Ober- und Niederrhein, wo die Sozialdemokratie die drei Mandate gewonnen hat, von der Rechten des „Verrats“ beschuldigt wird. „Verrat des Freisinn“, freisinnige Ueberläufer! „Verrat des Bürgerturns“, so heißt es einmal über das andere in der „Deutschen Tages-Zeitung“. Der „Vorwärts“ dagegen hebt hervor, daß die freisinnige Wahlunterstützung in Ober- und Niederrhein fast ausschließlich in der Wahlenthaltung der freisinnigen Wahlmänner bestand“. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei fährt fort:

„Hätte es hier geheißen, durch aktives Eintreten der liberalen Wahlmänner für die sozialdemokratischen Kandidaten den drei Sozialdemokraten das Mandat zu erwehren, so wäre auch hier ein Wahlbündnis höchstwahrscheinlich ausgedehnter gewesen.“

Wir betonen diese Tatsache, um von vornherein der Missgunst zu begegnen, als ob in wirklich kritischen Fällen und bei öffentlicher Abstimmung auf breiterer Basis auf ein Zusammengehen von Freisinn und Sozialdemokratie zu rechnen wäre. Der Freisinn ist darob das alte geblieben. . .

Nichts wäre verhängnisvoller als die optimistische Annahme, daß es der Sozialdemokratie tatsächlich doch durch ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken gelingen werde, das schwache Dreifachbündnis zu stützen.

Nein: alles das, was wir während der Wahlkampagne gegen den Freisinn gesagt haben, bleibt voll und ganz bestehen. Der Freisinn ist der selbstherrliche und schwächliche Freund und Verehrer des gleichen Wahlrechts, der sich denken läßt!“

Vorausichtlich werden sich diese sozialdemokratischen Ansätze in den nächsten Tagen noch steigern, und so darf die fortschrittliche Volkspartei darauf rechnen, gleichzeitig von rechts und links des Verrats beschuldigt zu werden. Sie wird sich darüber nicht sonderlich erregen, sondern höchstens gelegentlich nachweisen, wie wenig es dem einen oder dem anderen konservativen Niedertrichter, mit der Sozialdemokratie zu partiiieren, und wie die „Freisinnigen“ für Berlin die Parole ausgab, in den von der Sozialdemokratie bedrohten Kreisen Gewerke bei Fuß zu stehen. Wenn dabei der „Genosse“ gewählt worden wäre, die Konservativen würden sicherlich den Vorwurf nicht wahr haben wollen, sie hätten „Verrat“ geübt. Allerdings haben die Konservativen gefehlt mit den sozialdemokratischen Siegen in Ober- und Niederrhein und den liberalen Siegen in Westfalen alle ihre Mandate in Groß Berlin verloren.

Wie bemerkenswert auch einige Einzelresultate sein mögen, im ganzen bleibt trotz der kleinen Verflechtung nach links alles beim Alten. Das war bei dem Dreifachbündnis und der

geoffentlichen Ausbreitung der Jubiläums-Stimmung kaum anders zu erwarten. Die „Deutsche Tages-Zeitung“ freilich versichert:

„Die führenden Schichten des preussischen Volkes, zu denen besonders auch der in harter Zeit politisch gereifte Mittelstand gehört, haben trotz aller Ignoranz und aller tatsächlichen Künste den Freunden des preussischen Wahlrechts ihr Vertrauen bewahrt.“

Es wird ja wohl nicht lange dauern, bis die Statistik ergibt, wie viel Stimmen der Wähler und der Wahlmänner für die Freunde und wie viele für die Gegner des preussischen Wahlrechts abgegeben wurden. Wir sind aber das Ergebnis nicht im Zweifel. Nicht die führenden Schichten des preussischen Volkes haben die Mehrheit erhalten; eine nicht weniger als geistig, wirtschaftlich und kulturell führende Minderheit hat nur dank einem ungerechten Wahlrecht und einer ungerechten Wahlereinstellung ihre Herrschaft behauptet.

Im Wahlkreis Emsbörn-Winnberg haben die Sozialdemokraten den Konservativen erfolgreich Hilfe geleistet. Dort wurde der bisherige freisinnige Abgeordnete Graf Wolke in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten von Elm mit 214 gegen 120 Stimmen wiedergewählt, nachdem im ersten Wahlgang 204 freisinnige, 117 sozialdemokratische und für den Reichstags-Abgeordneten 113 fortschrittliche Stimmen abgegeben waren. Der fortschrittliche Kandidat war also mit nur vier Stimmen Mehrheit durch den Sozialdemokraten aus einer für diesen ausfallslosen Stichwahl verdrängt worden. Das war nur dadurch möglich geworden, daß die Freisinnigen mit Hilfe der Sozialdemokratie sieben fortschrittliche Wahlmandatsmandate für ungültig erklärt hatten.

Die balkanische Finanzkonferenz.

Paris, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten) Die heutige erste Sitzung der balkanischen Finanzkonferenz, die früh vor Mittag im Ministerium des Aeußeren vom Minister Herrn Bignon eröffnet wird, hat nur die Bedeutung einer Formalität. Herr Bignon wird eine Ansprache halten, auf die der erste Vertreter Deutschlands, Herr von der Gunden, antworten wird. Er wird beantragen, daß der dauernde Vorsitz dem ersten Vertreter Frankreichs Herr de Margerie anvertraut wird. Natürlich wird dieser Antrag einstimmig angenommen werden. Man wird dann beantragen, daß die nächste Sitzung Montag, den 9. d. M., stattfinden, und ihre Tagesordnung feststellen. Von einer Versammlung, die 45 technische und diplomatische Mitglieder und 10 Sekretäre zählt, kann man in Vorbereitungungen begrifflich keine fruchtbarere Arbeit erwarten. Man wird deshalb vier Ausschüsse ernennen, in denen die eigentliche Arbeit geleistet wird und deren Beschlüsse der Vollversammlung zur endgültigen Annahme vorgelegt werden sollen. Von den vier Ausschüssen beschäftigen sich der erste mit der Kriegsschadensentschädigung der Verbündeten, der zweite mit den Anteilen an der ottomanischen Staatsschuld, die die Balkanverbündeten zu übernehmen haben, der dritte mit den Vorschlägen, die sie für den von ihnen übernommenen Teil der Staatsschuld gewährt, der vierte mit der Angelegenheit der von der ottomanischen Regierung in den verletzten Gebieten Ausländern erteilten Konzessionen. Den Vorsitz des ersten Ausschusses dürfte ein Russe, den im zweiten der deutsche Delegierte Herr Pfefferich, den im dritten ein Engländer, den im vierten ein Franzose führen.

Serben und Bulgaren.

Belgrad, 3. Juni. Das Regierungsblatt „Samoupravna“ weist in entschiedener Weise die Beschuldigung des bulgarischen Regierungsrats „M“ zurück, daß Serbien einen Angriff auf Bulgarien plane. Serbien denke nicht daran, Bulgarien zu überfallen, müsse aber wegen der feindseligen Haltung Bulgariens Schutzmaßnahmen treffen.

Sofia, 3. Juni. Der König hat heute abend mehrere Führer der Oppositionsparteien in Audienz empfangen.

London, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten) Nach einer Meldung der „Daily Mail“ griffen am Montag bulgarische Truppen eine Stellung der Serben bei Nip an. Nach kurzem Gefecht räumten die Serben ihre Stellung, die von einer starken bulgarischen Abteilung besetzt wurde.

Die osmanischen Sorgen.

Konstantinopel, 4. Juni. Die Regierung beschloß, in Anatolien ihre Wapregeln zu ergreifen und die Wais für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich zu machen. Die Wais von Bitlis und Van haben Inspektionsreisen angetreten. Der Gouverneur von Sirt ist abgesetzt worden.

Der türkisch-griechische Schiffsverkehr.

Konstantinopel, 3. Juni. Das Ministerium des Aeußeren hat das Eruchen mehrerer griechischer Schiffsagenten um die Ermächtigung zur Wiedereinnahme der Schifffahrt zwischen der Türkei und Griechenland abschlägig beschließen. Es weist in seinem Bescheid darauf hin, daß Griechenland den Protektionsvertrag nicht unterzeichnet habe, wonach die Bestimmungen des Präliminarvertrages sofort in Wirksamkeit treten sollten. Aber selbst dann, wenn es, wie Bulgarien, unterzeichnete, müßte noch ein Sonderabkommen getroffen werden. Die Angelegenheit ist dem Kaisertrat

unterbreitet worden, der darüber entscheiden wird, ob es nötig ist, den Londoner Bevollmächtigten Weisungen für den Abschluß eines entsprechenden Übereinkommens mit Griechenland und Bulgarien zu erteilen.

Kaisertage in Geldern.

Geldern, 4. Juni. In Erwartung des Besuchs des Kaisers aus Anlaß der Zweihundertjahrfeier der Zugehörigkeit des Herzogtums Geldern zu Preußen hat die alte Herzogstadt Geldern bereits ein glänzendes Festgewand angelegt. Die Ausschmückung der Festtage, die der Kaiser passiert, erfolgte nach dem Entwurf des Malers Hacker-Düffelort. Der Marktplatz mit dem seiner Entschlung baren Kaiser-Wilhelm-Denkmal, ein Werk des Prof. Schaper-Berlin, trägt ein herrliches Festgewand. Das historische Rathaus zeigt reichen Schmuck. Der Hof von Denkmalplatz bis zum Schloß Haag ist mit Tannenzweigen, Palmen und Verzierungen geschmückt.

In der Stadt herrscht von früher Morgenstunden an bei prächtigem Wetter festliches Treiben. Gestrige bringen von Stunde zu Stunde weitere Menschenmassen aus der Provinz heran, Vereine und Schützen marschieren zum Spalier auf. Um 7 Uhr war Festgottesdienst in den Pfarrkirchen beider Konfessionen. Der Kaiser hat anlässlich des Jubiläumstages in Geldern eine Anzahl Ordenauszeichnungen verliehen.

Die Ankunft des Kaisers.

Der Kaiser traf um 11 Uhr ein. Am Pfarrer Tor wurde er vom Bürgermeister Dr. Berners und den Stadtverordneten begrüßt. Unter den begehrtesten Kundgebungen der in überaus großer Zahl herbeigeströmten Bevölkerung führt der Kaiser zum Rathausplatz zur Entschlung des Denkmal Kaiser Wilhelm I. Dort richtete Erbmarshall Graf Bili, zu Hombroech namens der Lande Geldern eine Subjugationsansprache an den Kaiser, der mit folgender Rede erwiderte:

Eine Rede des Kaisers.

Der Einladung zur Jubelfeier der 200-jährigen Zugehörigkeit Gelderns zur Krone Preußen bin ich gern gefolgt und freue mich, daß ich es in dieser festlich bewegten Zeit habe ermöglichen können, heute unter Ihnen zu weilen. Ich danke herzlich für die freundlichen Worte, mit denen vorher der Herr Bürgermeister im Namen der alten Herzogstadt und jetzt Sie, mein lieber Erbmarshall, im Namen der Geldernen Lande mich begrüßt und besüßelt haben. Der jubelnde Empfang und die freundlichen Mienen aller Festteilnehmer haben mir deutlich gezeigt, welche Gefühle treuer Anhänglichkeit die Herzen der Bewohner des alten Herzogtums Geldern für das Hohenzollernhaus, für Kaiser und Reich befehlen. Die wohlwollende Geschichte Gelderns weiß von traurigen Schicksalen des Landes, von feindseligen Verdrängungen und Kriegszügen in reicher Fülle zu erzählen und läßt die von unglückseligen Seelen so gern zitierte „alte alte Zeit“ in recht trübem Lichte erscheinen, auch die Schwärze des preussischen Adlers, dessen Königskrone mit dem Hinzutritt Gelderns zum brandenburgisch-preussischen Staate eng verknüpft ist, waren im ersten Jahrhundert nicht immer kräftig genug, das fernab von dem Kern des Landes, der Erde der Stärke belegene Gebiet gegen mächtige Feinde zu schützen und zu wehren. Seit der

Befreiung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft, deren 100-jähriges Gedenken in diesem Jahre das Herz des deutschen Volkes mit nationaler Begeisterung und berechtigtem Stolz erfüllt, begann auch Geldern unter den Segnungen des Friedens die Früchte des Gemeinwohlens und der Kunstfertigkeit seiner Bewohner zu ernten. Die heutige Blüte des schönen Landes ist aber, wie schon rühmend hervorgehoben, zu einem wesentlichen Teile auf die liebevolle Fürsorge seiner Landesfürsten zurückzuführen, die der alten Volkstreu und schaffensfreudigen Arbeitssamkeit der Söhne des Niederreins Weg und Ziel gewiesen haben. Die Dankbarkeit hierfür konnte bei der heutigen Jubelfeier nicht schöner und pietätvoller zum Ausdruck kommen, als durch ein Denkmal für den erhabenen Herrscher, dem es beschieden war, der unheilvollen Zerrissenheit der deutschen Stämme ein Ende zu machen und ein festgefähtes einiges Reich zu schaffen. Bei der Erfüllung dieser seiner hohen Mission hat auch manch braver Sohn Gelderns sein Gefallen und unter seinen segensreichen Fahnen Blut und Leben für das Vaterland heldenmütig eingesetzt. Die ehle Gestalt des großen und doch so demütigen Fürsten tritt heute lebhaft vor unser Auge, besonders seinen alten Kriegskameraden unter uns und denjenigen, die ihm persönlich vor 50 Jahren hier auf dem Geldernen Marktplatz bei der 150-jährigen Jubelfeier ihre Subjugation darbringen durften. Möge das Denkmal, von bewährter deutscher Meisterschaft geschaffen, den Ruhm des großen Kaisers noch fernem Geschlechtern verkünden, möge es als ehernes Wahrzeichen der Zugehörigkeit Gelderns zu Preußen zugleich das Band der Treue und Liebe verknüpfen, das Fürst und Volk, Kaiser und Reich unauflöslich miteinander verbindet. Mit diesen Wünschen empfehle ich das Denkmal der besonderen Obhut der Stadt. Die Güte fülle!

Die Familie Hombroech, deren im dreizehnten Jahrhundert erbautes Stammschloß Hombroech in Hollandisch-Elmberg gelegen ist, ist, wie wir der „Sonn. Volksz.“ entnehmen, seit 1618, also nunmehr 300 Jahre im Besitze des Schloßes Haag, das heute vom Kaiser besetzt wird, 1488 wurde dem auf Schloß Haag wohnenden Herrn von Hombroech das Erbmarshallamt des Herzogtums Geldern und der Grafschaft Zutphen verliehen, welches bis heute mit dem ardischen Hause verknüpft ist. Zu